

27. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz

23.-25. November 2007, CongressCenter Nürnberg

Kein Ausverkauf des Gentechnik-Rechts zu Lasten von Mensch und Natur!

Mit dem geltenden Gentechnik-Recht haben Bündnis 90/Die Grünen wichtige Schutzregelungen für die gentechnikfreien Produktion gegen zum Teil heftigen politischen Widerstand durchgesetzt. Die geltenden Regelungen berücksichtigen - soweit unter den geltenden EU-Gesetzen möglich - das Vorsorgeprinzip beim Umgang mit gentechnisch veränderten Organismen (GVO). Denn GMO sind, einmal in die Natur freigelassen, nicht mehr rückholbar.

Die von Minister Seehofer und der schwarz-roten Bundesregierung geplante Neu-Regelung des Gentechnikrechts höhlt die bestehenden Schutzstandards aus wie ein Schweizer Käse. Damit plant die Bundesregierung den Einstieg in das Ende einer gentechnikfreien Landwirtschaft in Deutschland. Das vorgelegte Gesetz entbindet die Forschung von Verantwortung und Sorgfaltspflichten bei ihren riskanten Experimenten und dient einseitig der Agrogentechnik-Industrie. Den Interessen der VerbraucherInnen, die zu 80% die Agrogentechnik ablehnen, wird ebenso wenig Rechnung getragen wie den Interessen der Landwirte, die in Deutschland konventionell oder biologisch sicher und gentechnikfrei produzieren wollen.

Bündnis 90/Die Grünen lehnen die von der Regierung vorgelegte Novelle zur Verschlechterung des Gentechnik-Gesetzes ab. Die von der Regierung geplanten Privatabsprachen zwischen Landwirten, mit denen Schutzregelungen beim Umgang mit GMO unterwandert werden können, verstoßen gegen das Vorsorgeprinzip. Und die von ihr vorgelegte Verordnung zur guten fachlichen Praxis ist de facto eine Verordnung zur schlechten fachlichen Praxis. Mit ihr werden Verunreinigungen bis zu einem bestimmten Schwellenwert toleriert. Was wir brauchen sind unter anderem Abstandsregelungen zwischen Gentechnik-Feldern und Nachbarnfeldern oder zu Bienenkörben, mit denen Verunreinigungen grundsätzlich vermieden werden. Verursacher müssen wie bislang für ihre Schäden haftbar gemacht werden - nicht nur bis zum EU-Kennzeichnungsschwellenwert von 0,9 %, sondern auch für andere Schäden, die vom Acker bis zum Teller im Produktionsprozess auftreten können und die unterhalb dieses Schwellenwertes liegen. Auch die von der Regierung geplanten Ausnahmeregelungen für bestimmte gentechnisch veränderte Pflanzengruppen von den Schutzregelungen für Mensch und Umwelt widersprechen klar dem Vorsorgeprinzip und sind abzulehnen.

Gentechnische Verunreinigungen aus Forschungsexperimenten, von nicht zugelassenen Gentech-Pflanzen oder aus nicht für Lebensmittelzwecke zugelassenen Industriepflanzen dürfen keinesfalls mit "Schwellenwerten" und "Toleranzen" legalisiert werden. Die Kontrolle und Rückverfolgbarkeit von gentechnisch veränderten Organismen muss umgehend durch eine Monitoring-Verordnung gewährleistet werden.

Bündnis 90/Die Grünen fordern, dass die gentechnikfreie Erzeugung und Lebensmittelversorgung in Deutschland geschützt und gestärkt wird. Wir brauchen ein Gentechnikrecht, mit dem eine Verunreinigung unserer Lebensmittel mit gentechnisch verändertem Material vorgebeugt und die Wahlfreiheit der Verbraucherinnen und Verbraucher gesichert wird. Dazu gehört unter anderem, dass Verbraucherinnen und Verbraucher beim Kauf von tierischen Produkten wie Milch erkennen können, ob die Tiere mit gentechnisch veränderten Futtermitteln gefüttert wurden. Nur dann können sich "gentechnikfreie" Futtermittel am Markt durchsetzen. Aufgrund der EU-Kennzeichnungslücke hat der Verbraucher derzeit keine Möglichkeit, bei Eiern, Milch und Fleisch die Verwendung von Gentechfutter wie z. B. gentechnisch verändertem Soja zu erkennen. Wir fordern die Bundesregierung auf - wie auf dem SPD-Parteitag beschlossen und von Minister Seehofer angekündigt - umgehend eine verbraucherfreundliche Kennzeichnungs-Möglichkeit für Futtermittel vorzulegen, die ohne Agro-Gentechnik erzeugt wurden.

Bündnis 90/Die Grünen unterstützen die Bewegungen zum Schutz der Biodiversität und zur Stärkung der gentechnikfreien Regionen. Wir unterstützen eine EU-weite Initiative, die sich für mehr Rechtssicherheit für gentechnikfreie Regionen einsetzt und sich gegen Anbauzulassungen für gentechnisch veränderte Pflanzen durch die EU-Kommission engagiert. Im Rahmen der 2008 anstehenden Vertragsstaatenkonferenz in Bonn fordern wir die Bundesregierung auf, alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um gentechnische Sicherheit zum Erhalt der Artenvielfalt zu gewährleisten. Bündnis 90/Die Grünen werden im Rahmen der Biodiversitätskonferenz in Deutschland im Mai 2008 die Fragen der Patente und der Biologischen Sicherheit mit Nachdruck zum Thema machen und die entsprechenden Bewegungen unterstützen.